Beschluss 05 - MACHT MITEINANDER ZUM STADTGEFÜHL. (Zusammenleben)

Gremium:	KMV
Beschlussdatum:	13.06.2025
Tagesordnungspunkt:	3. Beschluss des Kommunalwahlprogramms 2025

Text

MACHT MITEINANDER ZUM STADTGEFÜHL.

Stell dir ein Hagen vor, in dem alle Menschen friedlich und respektvoll zusammenleben, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, ihrem Alter oder ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Ein Hagen, in dem niemand zurückgelassen wird und jede*r die Unterstützung erhält, die man benötigt. Ein Hagen, in dem Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern als Bereicherung verstanden wird.

In diesem Hagen von morgen findest du lebendige Quartiere mit starken Nachbarschaften, in denen Menschen füreinander da sind und gemeinsam Lösungen für lokale Herausforderungen entwickeln. Es gibt bezahlbaren Wohnraum für alle, grüne Oasen zur Erholung, sichere Straßen und Plätze sowie ein vielfältiges Angebot an kulturellen und sozialen Aktivitäten direkt vor der Haustür.

Unser Hagen zeichnet sich durch eine sehr vielfältige Bürgerschaft aus: Alteingesessene, Wiederkehrende, Neuzugezogene, Schutzsuchende, Asylsuchende, alle Generationen, alle großen Religionen und viele Kulturen sind vertreten. Wir alle stellen Ansprüche an das Leben in der Stadt, die manchmal augenscheinlich eine Abgrenzung herbeiführen, deren Basis aber für alle gleich ist: In Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu leben.

Daher ist es uns Grünen ein Anliegen, diese Gemeinsamkeiten hervorzuheben, eine Atmosphäre des gegenseitigen Respekts, der Toleranz und der Verantwortung für das gemeinschaftliche Leben zu schaffen. In einzelnen Stadtvierteln konnten bereits Ansprechpartner*innen etabliert werden, die sich für eine Zusammenführung der Bürger*innen und Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil einsetzen.

Durch eine belebte und gelebte Nachbarschaft kann es besser gelingen, Zugezogenen eine Eingewöhnung in unser wertebasiertes Zusammenleben zu ermöglichen und durch eine gelebte Willkommenskultur neues Wissen, vielfältige Fähigkeiten und andere Sichtweisen in die Stadtgemeinschaft einzubringen sowie Isolierung und Vereinsamung zu verhindern. Gemeinschaft macht stark, Grün ist ein starkes Wir.

MACHT AUS EINSAM GEMEINSAM.

Ganz gleich, was wir denken, was wir glauben, wen wir lieben oder wie wir uns definieren - wir alle sind Menschen mit Träumen und Hoffnungen und sollten die Möglichkeit haben, unsere Persönlichkeiten frei zu entfalten. Wir Grünen möchten dazu beitragen, dass jeder Mensch in unserer Stadt sich individuell und ganz nach den eignen Bedürfnissen entwickeln kann. Wir sind überzeugt, dass eine

gleichberechtigte Vielfalt den Zusammenhalt aller Hagener*innen fördert, so dass aus vielen selbstbestimmten ICHs ein starkes WIR wird.

Für uns Grüne sind Beratung und Lebenshilfe von grundlegender Bedeutung zur Unterstützung für all die Menschen in Hagen, die ihren Weg noch suchen oder sich in einer persönlichen Krise befinden. In unserer politischen Arbeit haben wir festgestellt, dass die zahlreichen wichtigen Beratungsstellen und helfenden Einrichtungen in unserer Stadt deutlich unterfinanziert sind. Gemessen an den vielfach gewachsenen Aufgaben dieser Institutionen, müssen die Zuschüsse für Beratungs- und Hilfsangebote den realen Erfordernissen auch in der Zukunft immer wieder angepasst werden.

Berücksichtigung von Diversität

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern, Kulturen oder körperlichen Möglichkeiten weiter abgebaut werden. Die Stadtverwaltung sollte als ein Teil der Stadtgesellschaft deren Vielseitigkeit im Hinblick auf Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter, sexuelle Orientierung und Behinderungen widerspiegeln. Darauf muss bei Stellenbesetzungen geachtet werden. Wir wollen auch erreichen, dass alle kommunalen Beschlüsse bezüglich der Berücksichtigung von Diversitäten geprüft werden, um Diskriminierungen so weit wie möglich auszuschließen. Nur durch eine Haushaltspolitik, die alle Facetten der Stadtgesellschaft berücksichtigt, ist eine gerechte Verteilung von Geldern gesichert.

Gleichberechtigung und LGBTQIA+-Community

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Gleichberechtigung in allen Bereichen ist für uns Grüne die Einführung einer verbindlichen Frauenquote auf jeder Ebene der Stadtverwaltung. Wir fordern eine quotierte Besetzung des Verwaltungsvorstandes, der vom Rat und der Stadt zu besetzenden Aufsichtsratsposten sowie der kommunalen Betriebe. Auch die Vorgaben aus dem Landesgleichstellungsgesetz NRW müssen konsequent erfüllt werden. Diese Forderungen schließen für uns selbstverständlich die Berücksichtigung der LGBTQIA+-Community ein.

Es ist daher an der Zeit, den Gleichstellungsplan für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung endlich umzusetzen und die Maßnahmen zur Frauenförderung sichtbar zu machen. Wir Grünen finden, dass die Gleichstellungsstellen der Stadt und ihrer Tochterunternehmen personell und materiell angemessen ausgestattet sein müssen, um ihre vielen Aufgaben erfüllen zu können. Nur so kann eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik gelingen.

Gleichstellung bleibt ein zentrales gesellschaftliches Reformprojekt, denn nur eine geschlechtergerechte Politik entspricht der Forderung des Grundgesetzes, gleiche Chancen für alle Geschlechter in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen. Grüne Frauen bringen sich dafür weiterhin aktiv in das Netzwerk der Hagener Frauengruppen und im Hagener Frauenbeirat ein.

Um ein besseres Verständnis für die Gleichheit aller Geschlechter zu bekommen, halten wir Grünen eine geschlechtsneutrale Sprache für wesentlich. Gendergerechte Sprache muss selbstverständlicher Bestandteil alltäglicher Verwaltungspraxis werden. Ein Handbuch zum entsprechenden Sprachgebrauch in der

Verwaltung wurde bereits 2019 vorgestellt. Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass dieses auch eingesetzt wird.

MACHT AUS NEUEN NACHBAR*INNEN ALTE BEKANNTE.

Hagen ist eine einzigartig gelegene Stadt im Herzen NRWs, in der sich das ländliche Leben des Sauerlands mit der kulturellen und ethnischen Vielfalt des Ruhrgebiets vermischt. Freundliche und gelassene Weltoffenheit prägen das Wir-Gefühl der Region, und wir Grünen setzen uns in diesem Sinne für eine Politik der Vielfalt und Solidarität ein, die unsere Stadt für die Herausforderungen der Zukunft stärkt.

Vielfalt ist Reichtum, den wir für die Weiterentwicklung unserer Stadt nutzen wollen. Eine große Bandbreite an Initiativen und die Kulturzentren bieten zahllose Angebote für Begegnung und kulturelle Aktivitäten, die gesichert und inklusiv ausgebaut werden müssen.

Dies gilt auch für Schutzsuchende, für Asylsuchende. Das Asylrecht ist im Grundgesetz verankert – es darf nicht angetastet werden. Menschen fliehen vor Kriegen, Klimaveränderungen, Verfolgung aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensweise, vor Armut und Ausbeutung.

Wer in Hagen ankommt, hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren – zur Prüfung seines Asylantrags oder anderer Gründe für ein Bleiberecht. Beratung und Unterstützung erhalten die Menschen beim Kommunalen Integrationszentrum, durch Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen. Doch genau diese Angebote – psychosoziale Betreuung, Sprachkurse und soziale Begleitung – leiden zunehmend unter Unterfinanzierung, weil Bund und Land Mittel kürzen statt aufstocken.

Gute Integration braucht:

- Spracherwerb von Anfang an
- Soziale und gesundheitliche Betreuung
- Kurze Verweildauer in Sammelunterkünften
- Unterstützung bei Familienzusammenführung
- Zugang zum Arbeitsmarkt
- Niedrigschwellige Beratung in der Muttersprache – z. B. mit Angeboten wie einem „Mietführerschein“ zur Vermeidung von Nachbarschaftskonflikten

Was Integration verhindert:

- Verweigerung der Familienzusammenführung
- Lange Aufenthalte in Sammelunterkünften
- Arbeitsverbote

Auch die Einführung einer Bezahlkarte lehnen wir ab. Sie wirkt stigmatisierend und ausgrenzend, bindet in Hagen Verwaltungskräfte und Mittel – ohne einen Beitrag zur Lösung zu leisten. Kein Mensch lässt sich dadurch von einer Flucht abhalten, wenn es um das eigene Leben geht.

Wir fordern eine bessere personelle und technische Ausstattung der zuständigen Behörden – insbesondere des Ausländeramts. Verfahren wie die Erteilung von Arbeitserlaubnissen oder Einbürgerungen müssen einfacher, transparenter und digitaler werden.

Integration fördern

Wir brauchen Zuwanderung für alle Bereiche der Wirtschaft, im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen und in der Kultur. Tatsächlich hat ein Viertel der Hagener Bevölkerung eine Einwanderungsgeschichte. Hagen ist eine bunte Stadt und das ist gut so. Auch wenn es zeitweise Reibung und Konflikt zwischen unterschiedlichen Menschen, Kulturen und Religionen geben kann, so ist für uns Grüne dennoch klar: Wir wollen eine Willkommenskultur auch in unserer Stadt. Denn Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke.

Deshalb setzen wir Grüne uns dafür ein, dass jeder Mensch die Möglichkeit auf Integration erhält, um das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft zu fördern. Hierfür müssen bestehende Integrationsprogramme erhalten und erweitert werden, unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Nutzer*innen. Die frühe Integration von Zugezogenen in den Arbeitsmarkt, sowie die Bemühungen um Ausbildung und Ausbildungsduldung verbessert das Leben für alle Hagener*innen in sämtlichen sozialen Bereichen von Betreuung, Pflege und Versorgung über Mobilität und Infrastruktur bis hin zur Stadtsauberkeit.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der Stellen von Sprach- und Integrationsmittler*innen ein, denn Integration bedeutet nicht nur einseitige Hilfe. Sie schwächt den demografischen Wandel ab und wirkt Fachkräftemangel entgegen.

Menschenwürdige Unterbringung und sichere Häfen

Mit dem Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen" hat Hagen ein wichtiges Signal für eine an humanitären Grundsätzen orientierte Flüchtlingspolitik gesetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch ein Leben in Würde führen kann und niemand jahrelang in Sammelunterkünften wohnen muss. Wir wollen die schnelle Vermittlung in Wohnungen und eine Verfestigung des Aufenthaltes. Insbesondere setzen wir uns für eine möglichst frühe dezentrale Unterbringung von Frauen mit Kindern ein.

Inklusion umsetzen

Die UN-Behindertenrechtskonvention bestimmt, dass jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, selbstbestimmt zu leben. Das gilt für Bildung, Arbeit und Freizeit – für alle Lebensbereiche. Es schließt auch die Partizipation am politischen Leben ein.

Wir Grünen treten dafür ein, dass alle Menschen in dieser Stadt die gleichen Möglichkeiten haben, sich in der Gemeinschaft zu bewegen, sie zu gestalten und an ihr teilzuhaben. Wir wollen die Chancen von allen Menschen in Hagen verbessern und ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglichen, ganz gleich, ob sie vollkommen gesund oder auf eine Gehhilfe angewiesen sind, einen Kinderwagen dabeihaben oder einen Rollstuhl benutzen, unter vorübergehenden Schmerzen oder anderen Beeinträchtigungen leiden.

Dafür müssen die Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden abgeschafft werden. Wir unterstützen die Forderung nach mehr ambulanten Betreuungsangeboten, damit individuelle Lebenswege möglich werden. Durch eine Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft wollen wir mehr Zugänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen. Auch die Kommune soll bei Ausschreibungen die Möglichkeit nutzen, Inklusion als Vergabekriterium zu definieren und damit voranzutreiben. Integrationsbetriebe sollen besonders gefördert werden.

MACHT KOMMUNE ZUR COMMUNITY.

Wir Grünen wollen gesellschaftliche Verantwortung für soziale Gerechtigkeit in jedem Alter übernehmen. Wir möchten ein menschenwürdiges Leben vom ersten bis zum letzten Atemzug.
Die Hagener Stadtgesellschaft lebt von der Mitarbeit vieler Ehrenamtlicher: Mit großem Einsatz engagieren sich Menschen in Sport- und Kulturvereinen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr. Ob es um den Betrieb unserer Kulturzentren, der Suppenküche oder medizinische Angebote für Bedürftige und Wohnungslose oder Hausaufgabenhilfe für Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen geht, ob Mannschaftssport trainiert und betreut wird, oder ob sich Interessenverbände für die vielfältigen Anliegen einsetzen, die in unserer bunten Stadt existieren, - überall arbeiten in Hagen Menschen unentgeltlich und in ihrer Freizeit für andere.
Diese freiwillige Arbeit ist das Fundament einer solidarischen Stadtgesellschaft. Wir Grünen wollen dieses Engagement gezielt fördern. Bestehende Strukturen wie die Freiwilligenzentrale, der Ehrenamtsbeauftragte im OB-Fachbereich und der Internationale Tag des Ehrenamts sind wichtige Säulen – wir wollen sie weiter stärken und ausbauen.
Dazu gehören: bessere Vernetzung ehrenamtlicher Akteure, z. B. durch regelmäßige Austauschforen, sowie unbürokratische Genehmigungen für Aktionen im öffentlichen Raum. Klar ist aber auch: Ehrenamt darf keine städtischen Pflichtaufgaben ersetzen – besonders nicht in finanziell schwierigen Zeiten.
Wir stehen an der Seite all jener, die sich für unsere Stadt einsetzen – freiwillig, vielfältig, unverzichtbar.

Förderung von Kindern und Jugendlichen

Ein Fünftel der Hagener*innen ist unter zwanzig Jahre alt, dieses Potential wollen wir fördern. Wir werden Mentoring- und Interventionsprogramme für Kinder und Jugendliche unterstützen und Familienzentren ausbauen, um Bildungschancen unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund anzubieten.

Das Umfeld, in das wir hineingeboren werden, hat schon in frühester Jugend nachweisbare Effekte und Auswirkungen auf unsere gesellschaftliche Einordnung,

die Chancen, die uns im Leben gegeben werden und welche Vorbilder wir haben. Wir möchten die Umgebung aller Kinder positiv beeinflussen und prosoziales Verhalten fördern. Dazu müssen wir in die soziale Umgebung von Kindern investieren, beispielsweise mit Mentor*innen. Denn wir alle brauchen Vorbilder.

Um Chancengleichheit auch im außerschulischen Bereich zu gewährleisten, müssen wir Förderprogramme für Freizeitgestaltung ausbauen, mehr kulturelle Angebote auch für Kinder und Jugendliche schaffen und immer einen Fokus auf interkulturelle Zusammenarbeit legen. Dasselbe gilt für die Möglichkeit von Mitgliedschaften in Sportvereinen, für die ebenfalls Förderprogramme geschaffen werden sollen. Wir wollen Anlaufstellen für Jugendliche schaffen und den Gedanken der Jugendzentren wiederbeleben.

Unterstützung für Familien

Für Eltern wünschen wir uns mehr Betreuungsplätze für Kinder, mehr Beratungsangebote, mehr Krabbelgruppen und andere Freizeitangebote. In Familienzentren sollen die Familien betreut und Nachhilfeangebote geschaffen werden.

Wertschätzung des Alters

Wir werden alle älter. Rund ein Drittel der Hagener*innen ist über 60 Jahre alt, fit, gesund und engagiert in vielen Bereichen des städtischen Lebens. Doch wenn sich diese Gegebenheiten ändern, wollen wir als Stadtgesellschaft für komfortable Lebensbedingungen sorgen.

Hagen hat ein gutes Netzwerk aus Beratung, Pflege und Betreuung, das aber auf jeden Fall erhalten und ausgebaut werden muss. Die Pflegebedarfsplanung ist daher ein wichtiges Instrument, um die ambulante und stationäre Pflege zu sichern.

Des Weiteren müssen die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft bei der Wohnungsbau-, Stadt- und Verkehrsplanung beachtet werden, etwa in Bezug auf Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, öffentlichen Nahverkehr, bedarfsgerechte Wohnungen, Beratungs- und Begegnungsstätten im Quartier. Eine zentrale Anlaufstelle kann die Einrichtung eines Senior*innenbüros sein, um die vielfältigen Angebote in Hagen zu bündeln. Wir Grünen sind der Auffassung, dass Politik für Menschen in fortgeschrittenem Alter angesichts der wachsenden Aufgaben zur Pflichtaufgabe werden und vom Land besser finanziert werden muss.

MACHT WIR-GEFÜHL MIT HIER-GEFÜHL.

Der Stadtteil ist unser Lebensmittelpunkt in der Großstadt. Dort entwickeln wir Grünen gemeinsam mit den Bewohner*innen lebenswerte Viertel, in denen starke Nachbarschaften gedeihen. In jedem Stadtteil entstehen bezahlbare Wohnungen für alle Schichten, Lebensmodelle und Altersgruppen. Dabei achten wir auf weitgehende Barrierefreiheit. Alle wichtigen Dinge des täglichen Lebens sind auf kurzen Wegen im Viertel erreichbar - im Sinne des Konzepts der Viertelstunden-Stadt, bei dem alle notwendigen Einrichtungen wie Arbeit, Bildung, Gesundheit und Freizeit in maximal 15 Minuten Fußweg erreichbar sind.

Stärkung der Stadtteile

Wir sehen die Zukunft der Stadtentwicklung in der Stärkung der Viertel als Zentren des Lebens und der städtischen Gemeinschaft. Starke Viertel fördern die Identifikation der Bewohner*innen mit ihrem häuslichen Umfeld. Auch die Integration von Zugezogenen findet überwiegend im Stadtteil statt.

Wir fordern die Einführung von Stadtteilzentren als Anlaufstelle für alle Bürger*innen und wir unterstützen alle vorhandenen Begegnungszentren in der Innenstadt und in den Stadtteilen. Dort sollen auch die Stadtteilforen gestärkt werden und sich über die Stadtteile hinweg vernetzen.

Wir wollen die Erfahrungen aus dem auslaufenden Landesprogramm "Soziale Stadt Wehringhausen" auf andere Stadtteile übertragen und fordern daher die Beantragung passender Programme für alle Stadtteile. Für Wehringhausen ist ein Nachfolgeprogramm zu finden, um die bisherigen Erfolge auch für die Zukunft zu sichern.

In allen Vierteln sollen Quartiersmanager*innen eingesetzt werden, die idealerweise über eine zentrale Stelle in der Verwaltung koordiniert und miteinander vernetzt werden. Diese Stelle muss direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt sein. Die Entwicklung der Stadtteile zu lebenswerten Räumen gilt für die gesamte Stadt.

Wohnraum für alle sozialen Schichten

In allen Vierteln muss Wohnraum für alle sozialen Schichten zur Verfügung stehen. Nur so können Ghettobildung oder Gentrifizierung erfolgreich verhindert werden. Daher fordern wir bei allen Neubauvorhaben mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen. Dabei stärken wir die Wohnungsgenossenschaften, die in Hagen 15,5 Prozent (NRW: 3,7 Prozent) der Wohnungen besitzen. Dieser hohe Anteil zeigt, dass Hagen offen ist für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und den Bau von bezahlbarem Wohnraum.

Es ist unser Ziel, dass jeder Mensch unabhängig von Einkommen oder sozialer Stellung Zugang zu Wohnraum hat. Das Wohnungsangebot soll kontinuierlich an veränderte Lebensmodelle und den demografischen Wandel angepasst werden. Wir Grünen fordern daher insbesondere die Förderung alternativer Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser oder neue

Formen genossenschaftlichen Bauens. Dabei müssen die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung sowie von Menschen mit Behinderung hinsichtlich Barrierefreiheit und sozialer Teilhabe berücksichtigt werden.

Im Viertel fordern wir fußläufige, barrierefreie Infrastruktur, die Etablierung von Ärzt*innen und Gesundheitszentren sowie die Schaffung von Grünflächen, Erholungsbereichen und Treffpunkten für die Bürger*innen. Das soll durch städtebauliche Gesamtkonzepte für die einzelnen Viertel erfolgen. Wir führen außerdem eine Wohnungstausch- und Teilbörse ein, um bei Wohnraummangel und -überfluss zwischen den Generationen zu vermitteln. Mehr dazu im Kapitel "MACHT STADTENTWICKLUNG, DIE ALLE MITNIMMT".

Das soziale Viertel stärken

Das soziale Miteinander ist das Herzstück eines jeden lebenswerten Viertels. Wir Grünen setzen uns dafür ein, das soziale Viertel zu stärken, indem wir Einrichtungen und Angebote schaffen, die den Austausch und das Zusammenleben aller Generationen und sozialen Schichten fördern. Hierzu gehören nicht nur barrierefreie Wege und soziale Infrastruktur, sondern auch Orte, an denen Menschen ihre Ideen und Anliegen einbringen können.

Durch solche Maßnahmen können wir die Lebensqualität in den Vierteln erhöhen und ein starkes Gemeinschaftsgefühl aufbauen. Besonders wichtig ist uns, dass alle Bürger*innen aktiv in die Entwicklung ihres Quartiers eingebunden werden. Es muss uns gelingen, gemeinsam Strukturen zu entwickeln, um ein lebendiges Viertel zu gestalten.

Uns ist wichtig, dass wir gemeinsam aktiv an der Entwicklung unseres Viertels mitarbeiten können. Daher bilden wir Foren, um die Quartiersbebauung gemeinsam mit der Verwaltung, den Investor*innen und den Bewohner*innen zu planen und in einem demokratischen Prozess zu verwirklichen.

Wohnungslosigkeit bekämpfen

Wohnraum ist ein Menschenrecht. Wohnungslosigkeit ist eine der gravierendsten Formen von sozialer Ausgrenzung. Immer mehr Personen sind in Hagen von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit bedroht. Daher erhalten wir die kommunale Obdachlosenhilfe, unterstützen die Angebote der freien Wohlfahrtsträger und werden im Schulterschluss mit allen Wohlfahrtsträgern das Angebotsportfolio zur Obdachlosenhilfe vertiefen und erweitern. Das Ziel ist: Das Menschenrecht auf Wohnraum bis Mitte 2027 umsetzen!

Insbesondere für die speziellen Anforderungen obdachloser Frauen und Senior*innen sind zusätzliche Mittel und Programme erforderlich. Das Konzept "Housing First" werden wir in Hagen als zentralen Baustein in der Arbeit mit Wohnungslosen ausbauen.

MACHT POLITIK, DIE NIEMANDEN VERGISST.

Wir haben Rechte

In unserer Stadt sollen alle Bürger*innen die gleichen Rechte genießen. Wir alle haben ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum, Kindergartenplätze, Sicherheit, Unversehrtheit von Körper und Psyche, auf Unterstützung, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum. Hagen soll eine Stadt sein, in der alle Menschen frei von Gewalt, Diskriminierung und Angst leben können, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Lebensweise.

Schutz vor Gewalt

Wir Grünen stehen voll und ganz hinter der Istanbul-Konvention und fördern und unterstützen deshalb Projekte für Frauen und Mädchen. Wir legen Wert auf

mehrsprachige, kultursensible und barrierearme Beratungs- und Schutzangebote, vor allem für Migrant*innen und mehrfach diskriminierte Menschen.

Der "Runde Tisch gegen häusliche Gewalt" engagiert sich seit Jahren für den Schutz von Frauen. Mit erfolgreichen Veranstaltungen, Präventionsangeboten an Schulen und gezielter Aufklärungsarbeit wurde die Grundlage geschaffen, um weiterhin über Themen wie Stalking, Zwangsheirat, sexualisierte Gewalt sowie die besondere Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen zu informieren.

Auch in Hagen sind Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht. Dem begegnen wir mit klarer Haltung, Empowerment der Betroffenen und gezielter Präventionsarbeit. Wir wollen die Arbeit von Frauenhäusern in enger Zusammenarbeit von Bund und Land langfristig finanziell absichern und weitere, dringend benötigte Plätze schaffen, die auch die Möglichkeit bieten, Haustiere mitzubringen.

Häusliche Gewalt betrifft Frauen, Männer, nicht-binäre Personen sowie Homo-, Trans- und Intersexuelle - alle Perspektiven müssen sichtbarer werden.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Wir akzeptieren nicht, dass Menschen sich nachts oder an bestimmten Orten in unserer Stadt unsicher fühlen. Der öffentliche Raum gehört uns allen. Mehr Präsenz von Ansprechpersonen wie zum Beispiel der Polizei, Streetworker*innen sowie intelligente Licht- und Raumkonzepte können Sicherheit und Wohlbefinden im Stadtraum verbessern. Und wir fordern alle Bürger*innen auf, sich im öffentlichen Raum respektvoll zu verhalten.

Selbstbestimmung in allen Lebenslagen

Bei ungewollter Schwangerschaft brauchen Frauen schnelle, wohnortnahe Hilfe und verlässliche Informationen - ohne Bevormundung, Stigmatisierung oder Hürden. Wir haben durchgesetzt, dass ein kommunaler Verhütungsmittelfonds eingerichtet wurde und setzen uns dafür ein, dass er erhalten bleibt und bei Bedarf aufgestockt wird. Wir fordern die Bundespolitik auf, den § 218 StGB endlich zu streichen. Beratungsangebote wie die Aidshilfe müssen dauerhaft gefördert und ausgebaut werden.

Wir wollen Erwerbslosigkeit verstehen und Unterstützung bieten. Erwerbslosigkeit entsteht aus individuellen Gründen. Wir sehen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krisen, die besonders Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Ältere oder Alleinlebende betreffen. Einrichtungen wie das Hagener Arbeitslosenzentrum (HALZ), die Diakonie oder der Werkhof bieten wertvolle Unterstützung und müssen in ihrer Arbeit gestärkt werden.

Die Bundesagentur für Arbeit stellt eine Vielzahl an Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation zur Verfügung und ist in Hagen damit gut aufgestellt. Mit gezielter Unterstützung kann der Wiedereinstieg in den Beruf gelingen- insbesondere dann, wenn wir Arbeitslosigkeit als das verstehen, was sie für viele ist: eine psychische, finanzielle und soziale Belastung.

Unsere Vertreter*innen in den Gremien der Trägergesellschaft und im Beirat setzen sich dafür ein, dass das Jobcenter personell ausreichend ausgestattet ist

- besonders wenn der Beratungsbedarf weiter steigt. Jede*r Bürger*in hat ein Recht auf die Unterstützung durch die Solidargemeinschaft. Um die Leistungen weiterhin aufrecht erhalten zu können, wollen wir für einen verantwortungsvollen Umgang mit ihnen sensibilisieren.

Wir alle haben das Recht auf finanzielle Selbstbestimmung. Wir Grünen fordern daher die Umstellung der Auszahlung der Mittel für Bildung und Teilhabe auf ein unbürokratisches Verfahren. Ebenso lehnen wir die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende strikt ab.

GRÜN wählen heißt:

- Eine Stadt zu gestalten, in der Vielfalt als Stärke verstanden wird und gegenseitiger Respekt den Grundton angibt.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für alle Lebenslagen ausreichend zu finanzieren.
- Die Stärkung der Stadtteile als Lebensmittelpunkt der Menschen mit einer bürgernahen Entwicklung.
- Wohnraum für alle zu schaffen, durch 30 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauprojekten und die Förderung alternativer Wohnformen.
- Familien mit Kindern, Jugendliche und Ältere ganz besonders zu unterstützen.
- Die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung.
- Eine echte Chancengleichheit durch die Umsetzung von Diversitäts- und Gleichstellungsplänen.
- Obdachlosigkeit zu bekämpfen.
- Eine wirklich barrierefreie Stadt zu schaffen, in der jede*r selbstbestimmt leben kann.
- Dem Ehrenamt ungehinderte Entfaltung sichern